



An den Grossen Rat

17.5323.02

PD/P175323

Basel, 25. Oktober 2017

Regierungsratsbeschluss vom 24. Oktober 2017

## Interpellation Nr. 105 von Heiner Vischer betreffend „Profil der Stelle "Politische Interessensvertretung" von Basel-Stadt in Bern

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 18. Oktober)

Kürzlich ist die seit 5 Jahren in Bern agierende "Leiterin politische Interessensvertretung (von Basel-Stadt) in Bundesbern" von ihrem Posten zurückgetreten. Ihre Arbeit hat Muriel Brinkrolf in Bern zwar gut gemacht (das Aufarbeiten von Informationen zu Händen der Parlamentarier aus Basel) aber ihr Auftrag war dennoch nicht klar beschrieben. Der damalige Regierungspräsident hat von einer "Botschafterin" gesprochen, was aber ganz offenbar doch nicht ihre Funktion war - dies auch, weil sie der Fachstelle "Standortmarketing" und nicht dem Vorsteher des Präsidialdepartementes unterstellt war.

Die jetzige Neuausschreibung der Stelle bietet die Möglichkeit, die Funktion dieser Stelle neu zu überprüfen und allenfalls anzupassen. Deshalb möchte ich den Regierungsrat bitten, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

- Ist er der Meinung, dass nach 5 Jahren der "politischen Interessensvertretung" von Basel-Stadt in Bern eine positive Bilanz gezogen werden kann?
- Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Wechsel bei dieser Stelle eine Chance ist, die Stellenbeschreibung zu überdenken und zu modifizieren?
- Mehrere Kantone haben im Bundeshaus Lobbyisten. Sieht der Regierungsrat in einer solchen Stelle nicht eher ein Potential, die Interessen von Basel-Stadt im Bundesparlament besser vertreten zu können?
- Was wäre das Anforderungs- und Aufgabenprofil einer solchen Lobbyisten-Stelle?
- Falls diese Stelle geschaffen würde, würde die jetzige Stelle "politische Interessensvertretung" gestrichen werden?

Heiner Vischer

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

### 1. Einleitung

Der Regierungsrat hat mit der Schaffung des Präsidialdepartementes sämtliche Aspekte der Aussenbeziehungen im Bereich der regionalen, nationalen und trinationalen sowie internationalen Zusammenarbeit und Beziehungen in der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing zusammengefasst. Seit dieser Neuorganisation im Jahr 2009 werden die politische Vorbereitung für die Interessensvertretung in Bundesbern sowie die regionale, trinationale und nationale Gremienarbeit an einem Ort koordiniert.

Weil die Bundesagenda in den letzten Jahren sehr viele Themen (allen voran Verkehrsinfrastruktur, Finanzen, Wirtschaft, Logistik, Bildung und Gesundheit) umfasst, welche für den Kanton Ba-

sel-Stadt und die ganze Nordwestschweiz von ausserordentlich grosser Bedeutung sind, hat der Regierungsrat entschieden die politische Vorbereitung per 2012 personell zu verstärken. Diese erfolgte durch die Schaffung der Fachstelle Interessensvertretung in Bundesbern. Seither konnten die Grundlagenarbeit sowie verwaltungsinterne und -externe Koordinationsaufgaben stetig erweitert und verbessert werden. Ein konkreter Mehrwert wurde in Form von verlässlichen Monitorings, der Verfügbarkeit von Grundlagen- und Positionspapieren sowie der Organisation von Anlässen für die Meinungsbildung geschaffen.

Aufgrund der guten Erfahrungen sieht der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf, die personellen Strukturen und Aufgabenbereiche grundsätzlich zu überdenken. Hingegen werden selbstverständlich wie bei jeder Neubesetzung einer Stelle Überlegungen für Verbesserungen angestellt und bei Bedarf auch Anpassungen vorgenommen. So wurden bei der aktuellen Ausschreibung eine verständlichere Funktionsbezeichnung gewählt und Präzisierungen bei der Aufgabenbeschreibung vorgenommen. Diese Anpassungen tragen nicht zuletzt den Veränderungen Rechnung, welche sich seitens der Politik, der Fachdepartemente sowie des politischen Entscheidungsprozesses ergeben haben.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass nach 5 Jahren der "politischen Interessensvertretung" von Basel-Stadt in Bern eine positive Bilanz gezogen werden kann?*

Der Kanton Basel-Stadt hat seine Einflussnahme in Bundesbern in vielfältiger Weise verstärkt und intensiviert. Neben der Gremienarbeit im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, einschliesslich der Fachdirektorenkonferenzen gehört hierzu auch koordinierte Interessensvertretung im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. Zudem sind auf technischer Ebene die Grundlagenarbeit und Informationsangebote gegenüber den Parlamentarierinnen und Parlamentariern des Kantons Basel-Stadt, die Abstimmung zwischen den Nordwestschweizer Kantonen sowie der zeitnahe Informationsfluss aus Bundesbern spürbar verbessert worden.

2. *Ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Wechsel bei dieser Stelle eine Chance ist, die Stellenbeschreibung zu überdenken und zu modifizieren?*

Eine Überprüfung der Aufgaben und Anforderungen der Stelle ist erfolgt.

3. *Mehrere Kantone haben im Bundeshaus Lobbyisten. Sieht der Regierungsrat in einer solchen Stelle nicht eher ein Potential, die Interessen von Basel-Stadt im Bundesparlament besser vertreten zu können?*

Die vergleichbaren Stellen in anderen Kantonen beschäftigen sich ebenfalls mit Grundlagenarbeit und erbringen Dienstleistungen für die Fachdepartemente sowie die politischen Akteure. Diese Fachleute sind in der Regel bei den für die Aussenbeziehungen zuständigen Ämtern oder Abteilungen angesiedelt. Der Regierungsrat vertritt daher die Meinung, dass Basel-Stadt im kantonalen Vergleich gut abschneidet und kein Handlungsbedarf besteht.

4. *Was wäre das Anforderungs- und Aufgabenprofil einer solchen Lobbyisten-Stelle?*

Es wird auf Verwaltungsebene keine Stelle für Lobbying geschaffen. Diese Aufgabe kann nicht von Mitarbeitenden der Verwaltung übernommen werden.

5. Falls diese Stelle geschaffen würde, würde die jetzige Stelle "politische Interessensvertretung" gestrichen werden?

Siehe Frage 4.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann  
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin